

Sächsische Dorfzeitung und Elbgauzeitung

Zensurbehörde: Stadt Dresden Nr. 31202
Zulässig: Elbgauzeitung

mit Loschwitzer Anzeiger

Zensurbehörde: Stadt Dresden Kreis-Magistrat, Direktion
Postzettel-Nr.: Nr. 622 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher, Hirsch, Bühlau, Roßwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Machern, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-S.

Verlag: Elbgau-Zeitung und Verlagsanstalt Hermann Döpke & Co., Dresden-Blasewitz. — Herausgeber: August Werner Dresden.

Gründet täglich mit der Beilage „Saxon“ und Stadt, Kun- und Juventuszeitung. Bezugspreis: Monatlich R. 100.—, außer Postabgabe: bei den deutschen Poststellen R. 100.—. Einzelheftpreis: R. 10.—. Für alle Zeitschriften, Briefe, Drucke usw. bei der Poststelle freie Abgabe auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rücksendung bei Loschwitz. Druck: Clemens Landgraf Raffel L. Dresden-Freital. Bei unverlangt eingeschickten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Zur Anzeige, welche durch Jurymitglieder ausgegeben werden, kann eine Verantwortung bzgl. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Anzeigen werden bis Sonntagsabend 20 Uhr mit R. 15.— berechnet, Reklamen bis 4 geschlossene Zeile mit R. 45.—. Anzeigen und Reklamen mit Preisnotizen und kleinformatigen Sektionen werden mit ob dagegen angehängtem Betrag der Anzeigenabgabe verrechnet zu R. 15. Ihr bei Gründen der Ausgaben am nächsten Tag oder später, sowie für telegraphische Anfragen wird keine Gewähr gegeben. Einzelne Reklame gilt als Kleinreklame und kann demzufolge weniger, wenn nicht mindestens 4 Wochen nach dem Erscheinen der Zeitung erfolgt. Bei gerichtlicher Einschätzung der Einzigartigkeit füllt der beauftragte Reklameberichter

Nr. 269

Blasewitz, Sonnabend, 18. November 1922

84. Jahrgang

Lösung der Kanzlerkrise, ein Kabinett Cuno?

Die ersten Besprechungen mit den Parteiführern. — Günstige Ausnahme im allgemeinen; auch die B. S. P. D. erhebt keinen Einspruch. — Dr. Stresemann als Außenminister?

Ein Kabinett der Arbeit.

Berlin, 16. November. Der Reichspräsident hat Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mit der Führung des Reichskabinetts beauftragt. Geheimrat Cuno hat den Auftrag angenommen und ist in die erste Besprechung mit den Parteiführern eingetreten.

Der neue Reichskanzler.

Reichspräsident Ebert hat, wenn nicht noch unerwartete Hemmungen sich einstellen, den idiosyncratischen Teil seiner Aufgabe gelöst: den Mann zu gewinnen, der, ohne parteidemokratische Gebundenheit, aber nicht ohne Beziehungen zu den Parteien, es übernimmt, das Kabinett zusammenzustellen. Der neuberufene Reichskanzler, Geheimrat Cuno, veranlaßt durch seine Person vor allem die Bedeutung, die in der heutigen Lage Deutschlands der wirtschaftlichen Führungskraft beigegeben wird. Über der Leiter der Hamburg-Amerikalinie ist darum nicht der „unpolitische“ Kanzler, den unpolitische Köpfe, des Parteikreisels milde, herbeisinnenden. Er hat den Verbindungswege zwischen Staat und Wirtschaft schon einmal in umgedrehter Richtung zurückgelegt; denn er kam zu der Hamburg-Amerikalinie aus einem Reichsamt, Mindestens die Technik der Staatsverwaltung ist ihm also bekannt. Aber auch an der unter allen Umständen notwendigen Begebung durch Parteien fehlt es ihm nicht: er ist Mitglied der Deutschen Volkspartei und steht, als Katholik, zugleich dem Zentrum nicht fern.

Neuerlich ist es ihm durch diese Verbindungen gewiß sehr erleichtert, die Zustimmung der Parteien zu seiner Person sowohl wie zu den übrigen Kabinettmitgliedern zu erlangen und sogar, vorsichtig innerhalb des Kabinetts, die „Koalition“ zu verwirklichen. Auch das Regierungsprogramm braucht er in der Hoffnung nur zu übernehmen, denn an dem Punkt, mit dem sich die leidende Regierung Wirth aus Ausland verabschiedet, ist nicht mehr zu rütteln, und die Parteien haben auch vor nicht der Wirklichkeit, an diesem Ausdruck gemeinsamen Willens ohne Zweck davon etwas zu ändern. Die eigentliche Schwierigkeit seines Werkes beginnt erst bei dem Verlust, die Parteien zur Übernahme ihres Anteils an der Verantwortlichkeit zu veranlassen, mit schweren Worten: die Koalition über das Kabinett und das Programm hinaus zu einer allgemeinen verbündeten parlamentarischen Talsache zu erhalten.

Doch eine solche Aufgabe nicht einfach ist, geht gerade aus der leichten Bereitschaft her vor, mit der die Parteien den ausserordentlichen Kanzler und den Gedanken eines „Kabinetts der Persönlichkeiten“ aufzunehmen scheinen. Denn wenn man dies Schlagwort auf seinen Inhalt prüft: was bedeutet es nach der wirtschaftlichen Seite der Dinge? Nach Herkunft, Eigenschaften, Beziehungen werden sich die reeren Minister von den alten „Überlebenden“ fast unterscheiden, doch ihre Abänderung durch das Kennwort „Persönlichkeit“ besticht wäre. Manche werden einfach in ihren Bezirken bleiben obgleich nur der Posten wechselt. Von den verbliebenen wenigen gerannten Neuen würde Vorsichtiger Wahrer Außenminister werden, weil es bis jetzt an einem Außenminister fehlt. Raumer Wirtschafts-

minister, weil er Volkspartei ist, ein bürgerlicher Volkspartei aus ähnlichen Gründen Postminister. Etikettiert man diese Herren im Vorraus mit dem Titel „Persönlichkeiten“, so bedeutet das nichts anderes, als daß die Parteien sich der Verantwortlichkeit für die Politik der ihnen nahestehenden Kabinettmitglieder zu entziehen wünschen. Sachlich genommen verbessert es nicht, sondern verschlechtert die Sache, die Deutsche Volkspartei, die bis Stellung des neuen Kabinetts, wenn, heißt jetzt nur entweder misstrauen oder fernbleiben wollte, jetzt plötzlich sich mit der Unwissenheit gleichsam unmissiger Vertrauensmänner im Kabinett begründet; oder wenn die Sozialdemokratie gegen Cuno und Matthes darum nichts einzubringen hätte, weil sie als „Persönlichkeiten“, nicht als Volkspartei in der Regierung führen. Das alles hätte man in einem umgebildeten Ministerium Wirth ebenfalls haben können, und ohne Krise.

In Wahrheit kommt es aber darauf an, daß die neuen Männer, gleich welcher in welchem Grade sie als Einzelne die Berechtigung „Persönlichkeiten“ verdienen, vor den sozialen auf das Wirtschaftsprogramm geeigneten Parteien nicht nur in bewußtem Wahlwollen gebildet, sondern unbedingt ebenfalls am Sonnabend erfolgen dürften, wie der Verteilerausschuss des Reichstages am Freitag aufzutreten, um erst dann Schluß entschiedet, welche wenige auf die Unterschrift von Ministern geben, die nur bestellt werden, den Parteien die Verantwortung abzunehmen. Eine Koalition muß gegenzeichnet werden.

Die ersten Besprechungen mit den Parteiführern.

Berlin, 7. November. Der mit der Kabinettbildung beauftragte Generaldirektor Cuno hat gestern nachmittag und eben die Vorhaben der Traditionen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie über seine Würde unterrichtet, ein Kabinett der Arbeit zu bilden, das sich, ohne ein ausgeschlossenes Koalitionsabkommen zu teilen, auf alle Parteien stützen soll, die antizapfende Arbeit führen wollen. Als wichtigste Aufgabe betrachtet er, Deutschland aus seinen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten fernzuhalten. Er nahm die in der Note an die Reparationskommission vom 13. November in großen Zügen dargelegten innen- und außenpolitischen Zeiträume, die die Zustimmung der vier Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie gefunden haben, an. Bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hat die Kandidatur Cunos eine günstige Aufnahme gefunden.

Auch die Sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, gegen den Versuch einer Kabinettbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben. Der „Berliner Tageblatt“ erläutert diesen Beschluß dahin, daß Cuno für die Sozialdemokratie nicht von vornherein ein unannehmbare Kandidat sei. Eine endgültige Stellungnahme der Partei könnte aber einem Außenminister fehlen. Raumer Wirtschafts-

minister, wie ihm vorgegangene Kabinett zeigt. — Was die Zusammenfassung des neuen Kabinetts anlange, so habe Cuno die Würde, neben einer Reihe von Parlamentariern einige Fachminister zu berufen, die politisch der Deutschen Volkspartei nahestehen.

Cuno ist gestern abend nach Hamburg gereist und steht heute nachmittag nach Berlin zurück, um seine Verhandlungen über die Kabinettbildung abzuschließen.

Die ersten Schwierigkeiten.

Berlin, 17. Nov. Die „Dresdner Zeitung“ berichtet: Am Donnerstag abend wurde im Reichstag bekannt, daß Geheimrat Cuno bereits auf die erste Schwierigkeit gestoßen ist. Er will Dr. Stresemann als Außenminister in sein Kabinett aufnehmen. Die Sozialdemokraten wollen den Führer der Deutschen Volkspartei aber sehr energisch ablehnen.

Cunos Programmklärung.

Berlin, 17. Nov. Wie verlautet jedoch man mit der Möglichkeit, daß die Programmklärung der neuen Reichsregierung am Mittwoch nächster Woche erfolgt. Da die Bildung des neuen Kabinetts voranschließlich am Freitag oder spätestens am Sonnabend erfolgen dürfte, wird der Verteilerausschuss des Reichstages am Freitag aufzutreten, um erst dann über den Tag, an dem die Regierungserklärung abgegeben werden soll, endgültig Bescheid zu fassen.

Mit Rücksicht auf die Neubildung der Regierung und auf die schlechten Wahlen wird sich der Reichstag auf einige Zeit vertagen.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 17. Nov. Der „Berliner Tageblatt“ schreibt über Cuno: Man hofft, daß die vorstehenden persönlichen und geschäftlichen Beziehungen Cunos zu den Industrie-, Schiffahrts-, Handels- und Finanzkreisen Amerikas und England, wo er in aller Stille die wirtschaftlichen Verbindungen für die Hanse (a's erstes das bedeutsame Sachsen-Abo) weiter aufzuräumt, leicht ansässigen Volkspartei angutekommen werden. In den ihm nahestehenden Kreisen erwartet man viel von seinem wirtschaftlichen Weibbild. Er stimmte den bekannten Hamburger Verträgen zu, die den einen wirtschaftlichen Rückhalt an Amerika und Rußland unter Einbeziehung Englands befürworten. — Der „Nordwest“ erläutert: In den Augen der Arbeitern ist die Tätigkeit in der Leitung eines sozialistischen Großunternehmens für Empfehlung, und Herr Cuno wird wohl wählen, doch er als Reichskanzler auf die Gebiete mit vorwiegendem Meinungsstreit zu rechnen hätte. Er wird sich aber weiterhin daran erinnern, daß es Walther Rathenau, der gleichfalls von einem sozialistischen Unternehmen kam, gelungen ist, diese vorwiegenden Meinungen zu überwinden. Die Sozialdemokratie hat sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten. — Das „Berliner Tageblatt“ kost: Ein Mann, der sich auf den Boden der Weimarer Verfassung der Republik gestellt hat, der in Gewalt seit langem einzutreten ist für eine Politik der breiten Mitte, ein gewandter Rechner — deute ich ein Vater, wenn er öffentlich redet —, in seinem Kabinett ein Gesellschaftsmensch.

Entspannung der Orientkrise.

Eine Entspannung in der Orientkrise scheint sich nach den Berliner Meldungen vorzubereiten. Boineau soll erklärt haben, daß er mit dem letzten englischen Memorandum im allgemeinen einverstanden sei, und daß auch er Wert darauf lege, vor Zusammentritt der Friedenskonferenz von Paris eine zu einer Verständigung mit England zu kommen. Daß diese Verständigung nur auf Kosten der Türkei erfolgen kann, versteht sich von selbst, und wenn die Engländer, die über den geheimgehaltenen Inhalt des Memorandums in die Öffentlichkeit dringen, den Tatsachen entsprechen, so sollen den Türken in bezug auf die Verdammung zu untragbare Bedingungen auferlegt werden. Es ist kaum anzunehmen, daß Kemal Pascha sich zu der Unterschrift unter einem derartigen Friedensvertrag begeben würde. Wenn also Paris von einer Entspannung der Orientkrise spricht, so ist das doch zu verstehen, daß man angekündigt des Ausfalls der englischen Wahlen glaubt, wieder in bessere Beziehung mit London kommen zu müssen, und deshalb sich den Wunschein gibt, bereit zu sein, die Türken weniger als bisher zu unterdrücken.

Gar zu optimistisch.

London, 16. Nov. Keiner weiß: Die englisch-französischen Verhandlungen bezüglich der Orientfrage nehmen einen so befriedigenden Verlauf, daß Lord Curzon morgen nach Paris reisen wird, wo er am Sonntag mit Boineau eine Befredigung haben wird. Die beiden Staatsmänner werden Sonntag nach Paris zurückkehren.

Die Stellung Italiens zur Orientkrise.

Rom, 17. Nov. Über die Stellung Italiens zur Orientfrage wird offiziell verkündet, daß die über die Orientkrise veröffentlichte Denkschrift nichts enthält, was den Interessen Italiens widersprechen würde. Die italienische Regierung hatte daran fest, daß man der Türkei mit dem größten Wohlwollen entgegenkommen sollte, um den Frieden dauernd zu gestalten.

Programmrede Mussolinis.

Rom, 16. Nov. In seiner großen Programmsrede in der Kammer erklärte Mussolini zur auswärtigen Politik seine Politik bezüglich auf den Grundlagen der Friedensverträge. Wann sie sich aber ihre Sinnlosigkeit erzeuge, könne man die gegenwärtige Stellung der Vertreter Italiens von neuem prüfen. Über das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas sah Mussolini, es sei besser, Rom zu verhindern, um auf dem Boden der Tatsachen eine Welt zu errichten, anstatt große Macht zu errichten, abzufallen. Er nehmte sich vor, in den Unterhändlungen mit den Ministern Englands und Frankreichs das Problem der Entente ins Auge zu fassen. Aus dieser Prüfung ergäbe entweder ein wirtschaftlich homogener Block von Staaten heraus, oder die Icke Stunde für die Entente habe geschlagen. Er möchte das erste mögliche geschehen, auch in Verbindung der Erfüllung der Wlt im Osten und der wachsenden Intimität zwischen Deutschland und Rußland. Sicherlich der Türkei müsse man anerkennen, was jetzt eine vollendete Tatsache sei, unten den notwendigen Garantien für die Freiheit der Menschen und das Interesse Europas, sowie der östlichen Minderheiten. In

Amtliche Bekanntmachungen.

Brot und Mehrlieferung der Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt) im Geschäftsjahr 1922/23.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 26. Oktober und 2. November 1922 wird für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

Artikel I.

§ 23 Absatz 1, § 26 Absatz 6 und § 27 Absatz 3 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

a) § 23 Absatz 1. Bei der Abgabe des Mehl's durch die Mehlverteilungsstelle, G. m. b. H., Dresden, Prager Straße 61, IV, an die zuständigen Händler und Handelsmärkte dürfen höchstens folgende Preise berechnet werden:

für 100 kg bis zu 85% durchgemahlenes Roggen- oder Weizenmehl 410,- M., für 100 kg Gerstenmehl 410,- M.

b) § 26 Absatz 6. Der Preis für das Schwarzbrot beträgt:

a) bei der Abgabe an die Verbraucher: 27,- M. für 1 Pfund, 54,- M. für 2 Pfund, 81,- M. für 3 Pfund, 102,- M. für 1000 g.

b) bei der Abgabe an die Kleinhändler: 97,- M. für 1000 g bei kleineren Gewichtsmengen entsprechend.

c) § 27 Absatz 2. (Weizengebäck). Bei der Abgabe an die Verbraucher dürfen höchstens folgende Preise gebrochen werden:

für 60 g Zwieback 14,- M., für 1 Semmel von 75 g 8,- M., für Weizengebäck von je 275 g 27,- M.

Artikel II.

Keil's Urteil mit dem 18. November 1922 in Kraft.

Zurückerhahnung: § 60 der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1919, in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 14. August 1922.

Dresden, am 17. November 1922.

Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

a) Die Unstimmigkeiten in den Wahlbezirken. Eine Anfrage des St.-B. Gruner (Diktinal) bestätigt in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten die bei den letzten Landtagswahlen aufgetretenen Unstimmigkeiten in den Wahlbezirken. Stadtrat Dr. Grumbach legte die Verhältnisse näher dar. Nur in einigen ganz vereinzelten Fällen seien Wahlberechtigte in der Liste fehlgegangen worden. Er erklärte das damit, daß er mit der Wählerverzeichnung Beauftragter bei dem ermächtigenden Geschäft eine Wahlkarte überreichen habe. Dass in diesen vereinzelten Fällen Wahlberechtigte vom Wahlvorsteher abgewiesen wurden, obwohl sie in der Liste standen, sei beim großen Andrang in einzelnen Wahlbezirken besonders in der letzten Stunde und damit erklärlich, doch in einer Wahlkarte eine Stunde lang das Recht verloren. Von diesen Glücksfällen abgesehen, sei das vorerst Wahl gekommen. Publikum selbst davon überzeugt. Eine ganze Reihe Leute hätten zu wählen verloren, die überhaupt nicht wahlberechtigt waren. So entstand ein Wahlberechtigter aus dem Wählerverzeichnis der Wahlbezirke nicht gemeldet waren und andere. Bei 240 000 Wählern gebe es 100 000 Wahlberechtigte, die im letzten Jahre nach Dresden zugewandert waren, aber wiedergangen seien. Der Rat habe bei der Wahlorganisation nichts verfehlt.

b) 200 000 M. bei einer Dresdner Bank irrtümlich verausgabt. Man schreibt uns: Am 6. d. M. habe der Kassier einer kleinen Bank in seiner Rolle einen Betrag von 200 000 M. der bisher nicht aufzufinden werden konnte, und für den der Kassier aufkommen muß. Da der Betrag nur durch vorlebende Bränselung im unrichtige Hände gekommen ist, wird hierüber gebeten, zweckmäßige Angaben an die Kriminalpolizei gelangen zu lassen.

c) Neuer und bestehender Stadtrat. Als Nachfolger des gestrichenen Stadtrats Weiß wurde zum unbestehenden Ratsmitglied Diplomingenieur Hermann Sommer von den Stadtverordneten einstimmig gewählt.

d) Kartoffelverteilung an Minderbemittelte. Zur Durchführung einer zweiten im Dezember und einer dritten im Februar voraussehbaren Kartoffelteilung an Minderbemittelte benötigt die Dresdner Stadtvorstände 40 Millionen Mark.

e) Erhöhung des Brändenzolles. Die diesbezügliche Ratsvorlage stand bei den Stadtverordneten mit einer Abstimmung festgestellt. Danach wird mit Wirkung vom 14. Tage nach der Bekanntmachung dieses Beschlusses ab der Brändenzoll erhöht auf 3 Mark für jedes Zugtiers (außer Hund und Esel) an Hubwerken aller Art, 10 Mark für Kraftfahrzeuge, 20 Mark für Kraftwagen mit drei Achsen, für Kraftfahrzeuge, Lastkraftwagen und Anhänger, 1 Mark für Hunde und Tierschweine, 3 Mark für jedes über die Brändenzolle hinausgehende oder gerichtliche Reit-, Zug- oder andere Tier, das mindestens die Größe eines kleinen Zugtiers hat. Der Rat wird ersucht, die Einhebung des Brändenzolls am 31. März 1923 einzustellen und Fahrzeuge mit eingesetzten Hilfsmotoren nicht als Kraftfahrzeuge im Sinne der Ratsvorlage anzusehen.

pp. Die Zolle der Dresdner Straßenbahn. In der gestrigen Sitzung der Dresdner Stadtverordneten stellte der St.-B. Gruner (Komm.) den Antrag, den Rat zu ersuchen, den Stadtverordneten möglicherweise bald eine Vorlage über die Verwendung des freiwerden denierten Straßenbahnbüropersonal angreben zu lassen. Stadtungen von Angestellten, Hilfsangestellten und Arbeitern aber solange nicht auszusprechen, bis die Stadtverordneten zu dieser Frage eine Stellung genommen haben. Der Antragsteller führt in der Begründung aus, daß der Straßenbahnbetrieb Ende dieses Monats um 20 bis 25 Prozent eingeschränkt würde. Das habe zur Folge, daß 400 Beamte und 200 Arbeiter überflüssig würden.

Die Beamten sollten in den übrigen städtischen Geschäftsbüros untergebracht werden, die Arbeiter sollen die Arbeit strecken. Die Straßenbahner seien aber nicht in jeder Geschäftsstelle zu verwenden. Der Rat müsse Arbeitsbeschaffungen auch für die bankreiche Straßenbahn schaffen.

Unter den Angestellten, die den bezeichneten Straßenbahner Platz machen sollten, befinden sich Leute, die länger beim Rathaus beschäftigt seien als die Straßenbahner. Es kämen Leute mit vielen Kindern und solche über 60 Jahre in Frage. Der Redner erwähnt u. a., daß die Straßenbahn täglich 2½ Millionen Platz benötige.

Überbürgermeister Blücher äußert sich hierzu: Der Antrag röhrt an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handle sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwierigkeiten macht. Alle seien sich einig, daß die Straßenbahn sich tragen müsse. Man sehe, daß nicht bloß Dresden, sondern alle Städte, die Straßenbahnen besitzen, unter den gleichen Verhältnissen leiden. Auch dort würden Einschränkungen vorgenommen. Es handele sich um Verhältnisse, die in der allgemeinen Wirtschaftslage, zum größten Teil in der Geldentwertung, ihren Grund haben. Er bitte, überzeugt zu sein, daß allen beteiligten Stellen die Frage, was geschehen sollte, große Sorge bereite. Mit dem Antrage ist der Rat nicht mehr an ein Problem, das dem Rathaus erhebliche Sorgen und Schwier

des Gelb

Gebissene u. Zahnen
Gold-, Silber- und Platin-
zähne (Stelen, Ringen, Schmuck usw.)
unmöglich zu Hause liegen. — Ständiger
Gutsatz erst u. dritter ohne Zwischenhandel.

U. Storie 20 Bettinerstraße 20
Telefon 2000

anhabende gebraucht, da drittes Unternehmen.

Chefingenieur

Itertümer

wie Täfel, Glas, Porzellan, Dresdner Porzellan,
Dresden, alte Öller, Miniaturen, Bilder
auf verkaufen.

uer & Kinzel, Dresden-A.,
purgisstr. 18, pl. r. Jenastr. 31543.
men ins Haus, auch auswärts

Brillanten, Schmuck,
gold-, Silber-Gegenstände

verkauft man im Büro
ungen Waibel, Dresden-A.
Johann-Georgen-Allee Nr. 2.
teil! Telefon 11862. Distret!

le Gorten Althabier,

itungen, Bücher und Zeitchriften,
steisen und Metalle, Lumpen,
einschl. usw. kaufen Rendig
to gierth, Wachwitz
— Bernreicher Postkarte 879.

Dok
Wasserflusseisen
für Loschwitz-Loschwitz
in Vangelien und von
Hv. R. L. C. Co.
Luförderer erlosch ORE

verkehrt von Loschwitz nach und von Dresden, und nicht

täglich

jen 3 und 5 Uhr in der Central-Küstspann,
Dresden, Bettnerstr. 18, zur Empfang-
e von Gütern bereit. Die bis norm-
t in der Villale, Loschwitz, Damm-Straße
losdorf, oder im Klempnergeschäft von
ed Kreuziger, Blasewitz, gegenüber der
erteilten Auträte können noch am selben
ausgeführt werden. Annahme von Bahn-
ungen mit Versicherung und Expedition.
Sprie größerer und kleiner Ladungen,
usw. Geldschänke, Möbel etc. Verpackung,
usw. Hauptgeschäft: Loschwitz, Grund-
str. 2678. Fernruf 279.

leber Röhr., Sub. B. Zerb., Blasewitz
Striesenstr. 2, am Schillerplatz
Fernruf 22200

ffee-Spezialgeschäft
empflicht kein frisch gerösteten

Kaffee

in vorzüglicher Qualität.

Jungs-Einrichtungen und Innenausbau
eigenen und abgelegenen Untertürken sowie
Fassaden fertigt an. Weber & Höhner
Striesen, Löherstraße 21, Fernruf 33662.
Loschwitz, Grundstraße 25, pl.

Immi - Besohlung!
In 6 verschied. Qual. haltb. bis 1 Jahr.
S. Sohlen doppelt haltbar, billiger wie Leber
Kasper, Dresden, Schlossstraße 1.

rod, Nähmaschinen- u. Auto-Del
ro. Mäntel u. Schlüche, Kinderwagen,
— Kindermot.-Walzen werden bezogen.
ie, Loschwitz, Friedrich-Wied-Str. 8.

In Wagen Saatkartoffeln
date, eingetroffen.
Emil Süßig, Dr. Medwitz.

ur für Radfahrer!
dage, Gold- u. Silber-
Gesell. — Gold- u. Silber-
Gesell. — Gold- u. Silber-

Brillanten

Gold-, Silber-, Platin-
Gegenstände und Bruch

Kommen Sie! Günstigste Verkaufsstelle f. Händler! Dringend. Bedarf!

Beyer, Dresden
Moritzstraße, Ecke K.-Johann-Str., vis-a-vis Taberna
Telephone 11621

Gärtnergarten Blasewitz

Freitag, Sonnabend 17 und 8 Uhr
Sonntag von 10 Uhr an, Montag 8 Uhr

Die Bluthunde von Kalifornien

5 Teile, 89 Pf.
1. Teil: „Das Abenteuer einer Mittwoch.“
Original-amerikanisches Sensations-Wild-West-
Drama in 6 Akten. — Dazu ein herliches
Puppenspiel in 3 Akten:

„Der Prinz von Monte Carlo.“



Blasewitz ist eine
einfache und preiswerte
Gärtnerei.

elektro-galvanische

Schwadstrum d. Bohlmutz-Aparates

Morde - Geweo"

als eines der herausragendsten Reizmittel, besonders
geeignet zu Mineralien und selbst ungemein
Gefügebildung. Gleichzeitig erprobt.
Mittlerungsdrähte perspektiv auf Wunsch festgestellt.

G. Bohlmutz & Co., H.-G., Dresden-A.

Zubehör elektro-galvanischer Apparate.

Diengasse 22 (Haus Dienstbot) Telephone 20210.

Abgabe von Apparaten auch telefonisch.

Nehmen Sie Probeführungen.

Gaattkartoffeln

(Sandware) Stück und Füllenstriche,

Futterkartoffeln

sowie gute, gesunde

Runkelrüben

offerieren

Kästner & Feldt,

Filiale Hainsberg.

Winterschlüpffer

Hilfer, Anzüge, Jacken, Manchester-
Anzüge, Hosen, schwarze Bälerte
usw. kaufen Sie noch billig bei

Kesten, Dresden,

Obersee - Gasse 3.



Von Sonntag, den 19. d. M., ab stellen

wir wieder einen großen Transport

junger Oldenburger

und ostfriesischer Pferde

preiswert unter bekannt freien

Dienstung bei uns zum Verkauf.

Kästner & Co., Hainsberg.

Fernruf Freital 296.

Grammattentosse

präsentiert int. Herstellung
Blasewitz, Dresden,

an der Kreuzkirche 2.

Mehrere

100 Zöpfe

Haarhaus

Hagedorn

Dresden-A., am Böhl.

Königstraße 12.

Gardinen

Gardinen, Spann- und

Woll-, Stoffe, 2000

beden empfohlen

der Fabrikat von J. Kästner

und Kästner 1. Zug.

Dresden-Striesen, Görlitz

straße 29, L.

Fernruf 30220.

Dresden ist eingetroffen.

Gebisse

zusätzliche Zähne, Drahtzähne

Platte usw.

Gold- u. Silber-

gegenstände kaufen

zum Beispiel

Handel, z. Zähne

aus Eisenhütte 10.

SLUB

Der Hunger in einer Großstadt-familie.

(Verdiente Erne.)

Wohl entstehliche Not die jüngste Teuerung in die Kreise des Mittelstands hineinigt, offenbart sich an einem der letzten in Dresden. Dort wurde die aus drei lebens bestehende Familie Kleinmann in deren Wohnung Dornblüthstraße 30 in halb vergrößertem Zustand angetroffen. Bis zu dem tragisch erfolgten Tode hatte sie die alte Kaufmannswitwe Elisabeth Kl. ihre drei Familienangehörigen noch natürlich jagen können. Als sie aber ihre Angen auf immer geschlossen hatte, waren bald die Mittel zur Aufzehrung des alten Brotes zur Neige gegangen, und anger und stand überdrüftig die Schwelle der bescheidenen Wohnung. Ein Sohn und eine Tochter versuchten der geistigen Umwelt und wurden bettälig, während eine ältere noch gesunde Tochter den Januar so mehr zu ertragen vermochte und durch ihren Vater aus diesem elenden Leben zu gehen sich entschloß. Hausbewohner überließen sie aber an der Ausführung dieser Erwiderungstat und wandten sich an den Stadtarzt, der die Unterbringung der völlig gemagerten Frauen gestattete in einer Klinik verfügte. Die verzweifelnde 38-jährige alte Schwester bat aber inständig, sie der Wohnung zu belassen und für sich ein Jungen lassen zu wollen. Diesen Wunsch wurde aus Mitleid stattgegeben. Als in aber die Polizei verhängten älteren Gewissens aus ihren Betten hob, vermachten sie sich vor Schwäche kaum aufrecht zu halten. So mag die Sorge um die unentbehrliche Nahrungszeit gar die ganze Mittelstandesheimischen und die Not ihres Opfer fordern. Hier aber bot sich ein beispielswertes Bild des Jammer, erschütterndes Familiendrama, wert allmählicher Teilnahme.

Aus aller Welt.

Von einem französischen Major schwören. Wie die „Gefl. Itz.“ auslesboden melden, ist der von dem französischen Major Dupic durch fünf Revolverkugeln schwerverletzte Max Cohn im Krankenhaus gestorben.

Tod eines Helden. Ein Veteran von 66, der königlich preußische Oberst a. D. Albrecht v. Raven vom Dragonerregiment König Friedrich III. (2. königliches) Nr. 6, im 83. Lebensjahr in München gestorben. Ein vorbildlicher Tausender hat er 1866 den Alte des Regiments bei Nachoie feindliche Stabos erobert und so den ihm des damals noch jungen Regiments begründet.

Ein ergiebiger Fischfang. Der Cuxumer Fischdampfer „B. Hoff“ fangt in der ordnung einen ausgewachsenen Riesenfisch von Metern Länge. Das Tier, dessen Fleisch so schmackhaft ist, wie schwungswise 70 bis 80 Zentner und wurde in der Auktion 100.000 Mark verkaufen.

Abrechnung in Oberammergau. Abrechnung in Oberammergau ist abgeschlossen. Sie ergab an Einwohner 640.470 Mark aus dem Theaterbetrieb, 306.393 Mark aus Textilbüchern und Photo-

graphien, Ausgaben 775.348 Mark für jeden Besucher der Bühne, dient ein Grundbetrag von 18.000 Mark in Betracht kommen.

Großfeuer im Maschauer Volk und Telegraphenkommissariat. Im Gebäude des Hauptquartiers des Post- und Telegraphenamts für Post und Telegraphen brach eine gewalige Feuerbrunst aus, die 24 Stunden lang wütete. Das ganze Gebäude wurde ein Raub der Flammen; Vorhänge an Telegraphenbändern, Drahtleitungen, Apparaten, Telefonapparaten und anderem Zubehör sind vernichtet. Ein großer Teil dieser Materialien kam aus dem Auslande. Zwei Männer sind in den Flammen ums Leben gekommen.

Veruntreuungen eines Bankbeamten. Ein Angestellter der Frankfurter Filiale der Darmstädter und Nationalbank hat, wie die „Gefl. Itz.“ erahnt, Veruntreuungen dadurch begangen, daß er bei einer anderen Bank, der Deutschen Vereinsbank,

ein Bankengagement in Ungarn übernahm

und die Stadt, als der Amts-

der Goldrente stark gefallen war, seinem Institut zur Deckung seiner Leistung verbindlichkeit entwendete. Der Schaden wird auf etwa 2 Millionen beziffert. Der Angestellte wurde verhaftet.

Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Zigeunern. Aus Hanau meldet ein Druckbericht: In einer Gastwirtschaft des Dorfes Holmbach bei Fulda hatten zwei Gendarmen einen Zusammenstoß mit zwei Zigeunern. Die Gendarmen nutzten von illegal Waffe Gebrauch machen. Beide Zigeuner wurden erschossen.

Räuber in einer Kohlenhandlung. Am Dienstagabend gegen 22 Uhr drangen zwei Räuber in die Büroräume der Kohlenhandlung Ad. Sünder in der Nähe der Heidelbergstraße in Mannheim ein, wangen das Büropersonal, die Hände hochzuheben und räubten aus dem Kasinokonto 700.000 Mark Gold und 100.000 Mark in Steuermarken. Die Verbrecher traten sehr scharf und entschlossen auf. Der eine sprach metallhafte Dialekt.

Die goldene und zwei aktive Sachen wurden in der Familie des Kriegsveterans Theodor Schröder in Thüringen gestohlen. Der 75 Jahre alte Schröder feierte mit seiner um vier Jahre jüngeren Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit. Dem Jubelpaare wurde eine besondere Freude dadurch bereitet, daß zwei seiner Töchter den Anniversärsstag an ihrem Hochzeitstag anwältig waren.

Eigentumsmoral. In dem Braunkohlenwerk „Leopold“ bei Bitterfeld ereignete sich am Dienstag mittags im zweiten Stockwerke des Werkhauses eine Explosion, die vermutlich auf Entzündung von Kohlenstaub zurückzuführen ist. Durch den Luftdruck wurde die gesamte Fensterfront des zweiten Stockwerkes nach außen gebläst; ein Schneckenmäher aus Leipzig erschaffte schwere Verbrennungen im Gesicht, während eine Arbeitnehmerin durch herabstürzendes Eisenen Fensterrahmen schwer verletzt wurde. Die Beherrschung des Schadens wird vorzugsweise einige Tage in Anspruch nehmen.

Südwestafrikanisches Trockenfleisch. Eine Berliner Firma hat die Einführung von südwestafrikanischem Trockenfleisch durchgeführt und dadurch sowohl der minderbemittelten Bevölkerung — insbesondere dem notleidenden Mittelstand — eine verhältnismäßig billige Fleischbelieferung als auch gleichzeitig den deutschen Farmern in Südafrika ein Absatzgebiet geschaffen. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.

Wurst-Same des Bürgermeisters von Landau.

Der Bürgermeister von Landau in der Pfalz, Mahla, wurde von den Bevölkerungsbehörden ohne Angabe von Gründen ausgesetzt. Da er gegen das Treiben der pfälzischen Separatisten aufgetreten war, konnte man annehmen, daß er deshalb den französischen Behörden nicht genehm war. Diese Annahme bestätigte sich durch die Bedingungen, denen Bürgermeister Mahla sich fügen mußte für den Fall seiner Rückkehr. Es wurde ihm von der Bevölkerung sehr gern angenommen.